Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 84. Donnerstag, 11. April 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Sonntag an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ahlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die geflickte Regierung.

Höhnisches Gelächter bei den Feinden der Demokratie, enttäuschte Gesichter im Lager der Republikaner, das ist der wahre Ausdruck der Volksstimmung, nachdem die Bemühungen um die Bildung der Großen Koalition erneut gescheitert waren. Der einfache Mann aus dem Volke, der das politische Geschehen mit seinem gesunden Verstande beurteilt, manchmal richtiger beurteilt, als die Politiker selbst, schüttelt den Kopf, denn er versteht dies alles nicht mehr. Aber auch diejenigen, die den Dingen als Journalisten nahestehen, haben kein Verständnis mehr für dieses Hin und Her in unserem Reichstag, wo man von allen guten Geistern verlassen zu sein scheint. Was sich als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien herauskristallisiert hat, ist genau dasselbe Flickwerk, das schon vor den neuen Verhandlungen bestanden hatte. Das Kabinett Hermann Müller hängt in der Luft, es hat keinen festen Boden unter den Füßen, denn die Parteien versagen ihm die erforderliche vorbehaltlose Gefolgschaft. Trotzdem besitzt aber keine der die Minister stellenden Fraktionen den Mut, aus der Ablehnung einer koalitionsmäßigen Bindung an das Kabinett die parlamentarischen Folgerungen zu ziehen. Vielmehr sind sämtliche Fraktionen der Regierungsmehrheit entschlossen, ungeachtet der ungeklärten Koalitionsverhältnisse dem Etat ihre Zustimmung zu geben und damit dem Kabinett sein weiteres Verbleiben im Amte zu ermöglichen. Diese Haltung der einzelnen Parteien ist nicht zuletzt auf den einmütigen Willen des Reichskabinetts zurückzuführen, der dahin geht, im Zeichen der Pariser Reparationsverhandlungen unter jeder Bedingung einen die außenpolitische Stellung Deutschlands schwächenden Regierungswechsel zu vermeiden. Insofern kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß das Verantwortungsbewußtsein, das in gewissen Fraktionen nicht im nötigen Maße vorliegt, wenigstens im Schoße des Reichskabinetts vorhanden ist. Freilich bleibt die Frage noch offen, ob die in absehbarer Zeit vorzunehmende Abstimmung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A die latente Regierungskrise nicht doch noch zu einer akuten werden läßt.

Welche Lage würde sich z. B. aus einer plötzlichen Schwenkung der Deutschnationalen Volkspartei ergeben, indem diese ebenfalls gegen die Panzerkreuzerrate stimmen würde? Könnte dann nicht der Fall eintreten, daß die vom Kabinett einschließlich der sozialdemokratischen Minister gutgeheißene Panzerkreuzerrate von einer Zufallsmehrheit des Reichstages abgelehnt würde? Gewiß können noch etliche Wochen vergehen, bis diese für die Regierung Müller-Franken entscheidungsvolle Stunde herankommen wird, denn es ist ja auch nach den uns zugegangenen Informationen beabsichtigt, den ursprünglich für kommenden Montag vorgesehenen Wiederzusammentritt des Reichstages um einige Tage zu verschieben, so daß sich schon daraus eine weitere Verzögerung der Etatberatungen und damit auch der Panzerkreuzerabstimmung zwangsläufig ergeben wird. Es ist sogar möglich, daß die Panzerkreuzerangelegenheit erst nach den sächsischen Wahlen zur Erledigung kommen wird, damit wenigstens einem Teil der SPD. doch noch ermöglicht werden kann, entgegen dem Fraktionsbeschluß für den Panzerkreuzer zu stimmen oder zumindest sich nach den Wünschen des Zentrums der Stimme zu enthalten. Das sind natürlich rein taktische Erwägungen, die wohl von den Eingeweihten, aber niemals von den Volksmassen verstanden werden. Auf die Dauer geht es jedenfalls nicht an, die deutsche Innenpolitik nach derartigen Gesichtspunkten zu orientieren. Da man aber nun einmal das jetzige Zwischenstadium als Tatsache hinnehmen muß, sei für den Augenblick die Hoffnung ausgesprochen, daß die Parteien, dem Appell der Reichsregierung folgend, die Stellung jeglicher Agitationsanträge unterlassen mögen, damit nicht auch das nach mühseligen Verhandlungen erzielte Sparprogramm ins Wasser fällt. Die Steuerzahler würden sich dafür bedanken, wiederum die Hauptleidtragenden unserer unhaltbaren Parteiverhältnisse zu sein. Im ganzen muß noch einmal gesagt werden, daß die Vorgänge der letzten Tage alles andere als erfreulich waren, und es bleibt nur die Hoffnung, daß es dem Kanzler im Laufe der Zeit noch gelingen wird, die Fraktionen unter einen Hut zu bringen.

Nach den heute vorliegenden Meldungen scheint dies so ziemlich gelungen zu sein.

Aufruf des internationalen Friedensbüros.

* Genf. (Telunion.) Das internationale Friedensbüro hat an sämtliche in der Vorbereitenden Abrüstungskommission vertretenen Mächte einen Aufruf gerichtet, in dem auf die schweren Gefahren einer neuen Verschleppung der Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes hingewiesen und eine sofortige und durchgreifende Herabsetzung der Rüstungen in allen Ländern gefordert wird. In dem Aufruf heißt es, die Massen würden mit voller Berechtigung zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Völkerbund und der gesamte nach dem Kriege zur Sicherung des Friedens geschaffene Apparat lediglich eine Fassade sei zu dem Zweck, die wahren Absichten zu verschleiern, falls tatsächlich die vorbereitenden Untersuchungen noch weiterhin ohne jedes Ergebnis ausgedehnt würden. Das Gefühl der Unsicherheit vergifte die allgemeine Atmosphäre und schaffe eine unentwirrbare Lage, unter der Europa jetzt zu leiden habe. Sodann wird in dem Aufruf gefordert, daß die in der Abrüstungskommission vertretenen Regierungen ihren Delegierten zu der kommenden Tagung in der Kommission Vorschriften erteilen, die eine Durchführung der feierlich von den Regierungen als Mitglieder des Völkerbundes übernommenen Abrüstungsverpflichtungen garantieren.

Ausweg aus der Dauerkrise der Reichspolitik?

Bildung der neuen Reichsregierung.

Das Zentrum entsendet drei Vertreter ins Kabinett.

Entschließungen der Reichsregierung.

)(Berlin. Die Reichsregierung trat gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer eingehenden

Aussprache über die gegenwärtige politische Lage

zusammen. Sie kam einstimmig zu folgenden Entschließungen:

Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage und insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz ist eine aktionsfähige Regierung in Deutschland das unabweisbare Erfordernis. Die Reichsregierung wird daher ihre ganze Kraft daransetzen, daß die Grundlagen der deutschen Staatswirtschaft nicht erschüttert werden und deshalb insbesondere der Reichshaushaltplan 1929 alsbald im Reichstag zur Verabschiedung gelangt.

Zu diesem Zweck bekräftigt die Reichsregierung ihren bereits am vergangenen Sonntag nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten gefaßten Beschluß, unter Rückstellung ihrer Bedenken auf den Boden der Vorschläge zu treten, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart worden sind. Für die Durchsetzung der so zustandegekommenen Vorschläge, einschließlich derjenigen für den Haushalt des Reichswehrministeriums, wird die Reichsregierung sich geschlossen einsetzen.

Die Reichsregierung erwartet, daß die vorgenannten Fraktionen des Reichstags sie in dieser Arbeit unterstützen und etwaigen Anträgen auf weitere Streichungen über die genannten Vorschläge hinaus oder auf höhere Ausgabenbewilligungen den erforderlichen Widerstand entgegensetzen werden. Sie erwartet weiter, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur im gegenseitigen Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.

Auf dieser Grundlage wird die Reichsregierung mit den obengenannten Fraktionen des Reichstages in Verbindung treten, um durch fortgesetzte engste Fühlungnahme die Erreichung dieser politischen Ziele zu gewährleisten. Sie wird gleichzeitig die von ihr angestrebte Erweiterung des Reichskabinetts ohne weiteren Bezug in die Wege leiten.

Die vorstehenden Entschließungen der Reichsregierung wurden vom Reichskanzler den Partei- und Fraktionsführern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei übermittelt und von ihnen den betreffenden Reichstagsfraktionen unterbreitet. Sämtliche beteiligte Reichstagsfraktionen billigten die Entschließung der Reichsregierung und erklärten sich bereit, auf dieser Grundlage die Regierung zu unterstützen.

Der Reichskanzler wird über das Ergebnis dieser Beratungen dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten und hierbei zugleich Vorschläge für die Erweiterung der Reichsregierung machen.

•

Die drei neuen Zentrumsminister.

* Berlin. (Telunion.) **Die Zentrumfraktion des Reichstages beschloß am Mittwoch abend einstimmig, dem Reichskanzler als Mitglieder der Reichsregierung vorzuschlagen: den Abgeordneten von Guerard für das Reichsjustizministerium, den Abgeordneten Stegerwald für das Verkehrsministerium und den Abgeordneten Dr. Wirth für das Ministerium für die besetzten Gebiete.**

•

Zustimmung der Demokraten und Bayrischen Volkspartei.

* Berlin. (Telunion.) **Die demokratische Reichstagsfraktion hielt am Mittwoch abend eine kurze Sitzung ab, in der sie sich auf den Boden der Erklärung der Reichsregierung stellte.**

Auch die Bayrische Volkspartei stimmte der Regierungserklärung zu.

•

Auch Zustimmung der Deutschen Volkspartei.

* Berlin. (Telunion.) **Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei** nahm in ihrer Sitzung am Mittwoch abend in Anwesenheit der beiden Minister zu der politischen Lage Stellung und **beschloß mit großer Mehrheit, sich dem Appell der Reichsregierung an die Parteien nicht zu entziehen und loyal an der Gestaltung des Haushaltsplanes auf der Grundlage der bisher getroffenen Vereinbarungen mitzuarbeiten.**

Hindenburg und die Krise.

Berlin. (Funkspr.) Der Reichspräsident ist, wie die B. Z. berichtet, außerordentlich darüber befriedigt, daß die Krise überwunden und daß es gelungen ist, eine tragfähige Basis für die Regierung zu schaffen. Es war sein dringendster Wunsch, daß jetzt mit dem Hin und Her Schluß gemacht wurde und daß die Parteien, die in diesem Reichstag zur Regierungsverantwortung berufen sind, sich endlich zusammenfänden. Hiervon sind gestern die Fraktionen unterrichtet worden.

•

Die Berliner Presse zu der neuen Reichsregierung.

)(Berlin. Die Blätter der in dem **erweiterten Reichskabinett** vertretenen Parteien sehen in der **Bildung der neuen Reichsregierung die letzte Etappe auf dem Wege zur Großen Koalition.**

Der „Vorwärts" nennt die Regierung **bereits ein Kabinett der Großen Koalition** und sagt: **Eine koalitionsmäßige Bindung besteht allerdings zunächst nur für das allernächste und wichtigste, die Verabschiedung des Etats.** Hält jedoch das Kabinett bei dieser Probe zusammen, so wird man sich später auch noch über andere Dinge verständigen können. Bemerkenswert in dem Kommentar des **„Vorwärts"** ist noch die Feststellung, daß die sozialdemokratische Fraktion sich gestern nicht versammelt hat und daß der am Dienstag von ihr gefaßte Beschluß selbstverständlich in Kraft bleibt.

Die „Voss. Ztg." schreibt:: Politisch gesehen ist die Große Koalition in Wirklichkeit da. Sie hat sich im Reichstage etabliert, wenn sie auch vorläufig ihr Inkognito wahrt.

Das „Berliner Tageblatt" weist darauf hin, daß die **Parteien der Großen Koalition** wieder in der Regierung **vereinigt sind und erklärt: Das weitere wird sich finden.**

In der „Germania" wird ausgeführt: Für das Zentrum ist das Entscheidende, daß die neue Regierung einen auf weitgehenden Bindungen beruhenden Mehrheitswillen zum Ausdruck bringt. Diese unverzichtbaren Bindungen erstrecken sich zunächst auf die Gestaltung des Etats, und zwar derart, daß die Regierungsparteien die Verpflichtung eingegangen sind, allen Anträgen auf Ausgabenerhöhung oder agitatorische Streichungen einen geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Das Reichskabinett wird sich gemäß seinem gestrigen Beschluß geschlossen für die Durchsetzung des von den Sachverständigen unterbreiteten Finanzprogramms einsetzen. Das bedeutet, daß auch die sozialdemokratischen Reichsminister die zweite Rate des Panzerkreuzers bewilligen werden. Es ist Sache der Sozialdemokratie, wie sie sich als führende Regierungspartei mit dem eigenartigen Schauspiel abfinden wird, daß sie in dieser Frage anders stimmen wird, als die von ihr gestellten Minister. Zu dem Eintritt dreier Zentrumsminister in das Reichskabinett sagt das Blatt: Für die Bedeutung, die das Zentrum seiner neuen verantwortlichen Stellung zumißt, sprechen die Persönlichkeiten, die es dem Reichskanzler als Minister in Vorschlag gebracht hat.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht zwar von einer Notlösung, die alle Merkmale der Befristung, der Verlegenheit und der inneren Widersprüche enthalte, bezeichnet sie aber doch als einen Fortschritt gegenüber der unwürdigen, unmöglichen Fortdauer des bisherigen Zustandes. Dadurch, daß die Deutsche Volkspartei sich trotz allem über Hemmungen und schwere Bedenken hinweggesetzt habe, habe die Regierung eine große Chance erhalten, und es liege an ihr, aus dem gegenwärtigen „Zweckverband der Parteien" etwas Brauchbares zu machen.

Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: Es handelt sich nur um eine Koalition zur Durchführung des Reichshaushalts, wobei man freilich annehmen kann, daß sie jedenfalls bis zum Abschluß der Pariser Tributverhandlungen halten wird

•

Beschlüsse des Aeltestenrates.

)(Berlin. Im **Aeltestenrat des Reichstages** konnte man sich über die Neuverteilung der Ausschuß-Sitze nicht einig werden. Es bleibt daher bei der **bisherigen Besetzung der Ausschüsse.** Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen der Regierung mit den Parteiführern über den Etat und die Regierungsbildung noch nicht abgeschlossen sind, beschloß der Aeltestenrat, daß die **Verhandlungen des Haushaltsausschusses über den Etat erst am Montag beginnen** sollen. Auch der Termin für die **nächste Plenarsitzung** soll noch um **einige Tage verschoben** werden. Die nächste Sitzung soll jedoch spätestens am Montag, den 22. April stattfinden. Die Tagesordnung bleibt vorläufig unverändert: **Weltfunkvertrag und andere Verträge mit fremden Staaten, Novelle zum Bergarbeitskammergesetz.**

SLUB Wir führen Wissen.